

EU- Parlament beschließt skandalöses antikommunistisches, geschichts- verfälschendes, antirussisches Dokument

Brigitte Queck, Vorsitzende „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“

Das EU-Parlament hat mit der “EntschlieÙung zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas” ein skandalöses, antikommunistisches, Russland feindliches Dokument beschlossen.

In dieser EntschlieÙung wird u.a. behauptet, dass der Zweite Weltkrieg „als unmittelbare Folge des Nichtangriffsvertrags zwischen dem nationalsozialistischen Deutschen Reich und der Sowjetunion (...) ausbrach“. Die Sowjetunion und Nazideutschland seien zudem zwei „gleichermaßen“ das „Ziel der Welteroberung verfolgende totalitäre Regime“ gewesen.

Die Sowjetunion, die es als einziger Staat vermochte, dem menschenverachtenden verbrecherischen deutschen Faschismus „das Genick zu brechen“ (Stalin), wird in diesem Papier gleichgesetzt mit dem faschistischen Deutschland unter Hitler und mit dem Begriff „Totalitarismus“ versehen.

Ja, es wird sogar gefordert, einen „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer totalitärer Regime“ zu begehen.

Damit wird das herausragende Verdienst der Sowjetunion unter Führung Stalins, die 1945 – letztendlich auch mit Hilfe der Antihitlerkoalition-- den Faschismus in ganz Europa zerschlagen hat **und** mit dem **Jalta- Teheraner und Potsdamer Abkommen, sowie den Nürnberger Prozessen gegen Kriegsverbrecher und der UNO-Charta**, wegweisende internationale Abkommen geschlossen hat, **DIE AUCH HEUTE NOCH GÜLTIGKEIT BESITZEN, IN DEN SCHMUTZ GEZOGEN !**

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Aussage des **US-Hauptanklägers bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen Jackson:**

In seiner fast fünfstündigen Rede betont Jackson:

"Dieses Gesetz hier wird zwar zunächst auf deutsche Angreifer verwandt.

Es schließt aber ein und muss, wenn es von Nutzen sein soll, **DEN ANGRIFF JEDER ANDEREN NATION VERDAMMEN, NICHT AUSGENOMMEN DIE, DIE HIER ZU GERICHT SITZEN.**“

Eine Forderung, die bis heute nicht eingelöst ist.

Nach Nürnberg hat es den Kalten Krieg und die Stellvertreterkriege in Asien und Afrika gegeben, in der Neuzeit die Kriege der US/NATO im Nahen Osten und Afrika.

BIS HEUTE GIBT ES KEINE STRAFVERFOLGUNG DER ANGREIFERSTAATEN DER US/NATO, SONDERN LEDIGLICH VOLKSTRIBUNALE WIE DIE GEGEN DEN ANGRIFFSKRIEG DER US/NATO GEGEN JUGOSLAWIEN IN DEN JAHREN 1999- 2000 WELTWEIT.

So, die Tribunale in Detroit und San Francisco, Los Angeles und Ann Arbor, Michigan, Washington, London, Athen, Prag, Brüssel und New York.

Ramsey Clark, der ehemalige Justizminister der USA, hat damals eine Anklage gegen die Kriegsverbrecher geschrieben und vorgelegt, die den NATO-Krieg gegen Jugoslawien zu verantworten hatten. Er betonte:

„Wir haben die Regierung der USA als Hauptkriminellen bezeichnet. Wir kennen diesen Feind in unserem eigenen Haus sehr gut.

Das Pentagon hat seit dem Zweiten Weltkrieg 22 Länder bombardiert. Es hat Millionen in Korea und Vietnam, in Zentralamerika und im Irak direkt ermordet. Die US-Regierung hat mit Waffen und Geld den Mord an weiteren Millionen in Angola, Mozambique, Äthiopien, Afghanistan und anderen Ländern unterstützt. Nur in den letzten 18 Monaten hat das Pentagon vier Länder bombardiert.

Wir wissen genau wer unser Hauptfeind ist, wer die Hauptschuld für diese Kriegsverbrechen trägt.“

Ganz deutlich wird Ramsey Clark auf dem deutschen Hearing zu den Kriegsverbrechen, das am 30. Oktober mit 500 Teilnehmern in Berlin stattfand:

„Es gibt keine Alternative, die NATO muss aufgelöst werden!“

Zurück zur EU “Entschließung zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas” .

Dieses den Antifaschismus diffamierende Papier der EU mischt sich - der UNO-Charta widersprechend - in die inneren Angelegenheiten Russlands ein, wenn es dort heißt:

„dass Russland noch immer das größte Opfer des kommunistischen Totalitarismus ist und dass es so lange kein demokratischer Staat wird, wie die Regierung, die politische Elite und die politische Propaganda nicht nachlassen, die kommunistischen Verbrechen zu verharmlosen und das totalitäre Sowjetregime zu verherrlichen.“

Es ist also nicht verwunderlich, dass die EU - DIE ENGSTENS MIT DER NATO VERBUNDEN IST –

“ das Verbot kommunistischer Symbole und das Entfernen von Mahnmalen, die an die Befreiung Europas durch die Rote Armee erinnern“ fordert !!

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) bezeichnet das EU-Papier laut Medien, als einen

„ideologischen Rückfall in die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges“.

Die in der Resolution vorgenommene Rekonstruktion der Ereignisse, die zum Zweiten Weltkrieg geführt hätten, sei

„verbohrt, voreingenommen, instrumentell“ habe

„keine wissenschaftliche Grundlage“.

Der Text „setzt die Unterdrücker und Unterdrückten, Opfer und Schlächter, Eindringlinge und Befreier gleich“!!

Auch das **Russische Außenministerium** hat dem EU-Parlament vorgeworfen, mit der Resolution Geschichte umschreiben zu wollen.

„Wir halten das für eine inakzeptable Verzerrung“,

teilte das Außenministerium mit. Konkret kritisierte das Moskauer Ministerium, dass die Resolution den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland als Weichenstellung für den Zweiten Weltkrieg nennt.

Dadurch werde die Politik des Aggressors mit der der Sowjetunion gleichgesetzt, dessen Volk unter immensen Verlusten Europa vom Faschismus befreite, hieß es.

Eine **Fragwürdige Koalition von Christdemokraten (PPE), nationalistischen Konservativen (ECR), Sozialdemokraten (S&D) und Liberalen (Renew) hat sich hinter die eingebrachte Entschließung der EU gestellt !**

So kritisiert etwa Walter Baier, Vorstandsmitglied der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), dass alle österreichischen EU-Abgeordneten „gemeinsam mit den Rechtsradikalen und Neonazis“ für die Resolution votiert hätten,

„in der die Hauptschuld am Zweiten Weltkrieg der Sowjetunion angelastet und das Verbot Kommunistischer Parteien gutgeheißen wird“.

Aus Deutschland votierten im EU-Parlament laut Medien nur die Abgeordneten der LINKEN gegen den Antrag.

Die AfD-Abgeordneten haben sich demnach der Stimme enthalten. Für die Resolution hätten unter anderem Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale, die Grünen Franziska Keller und Sven Giegold sowie ihr für die Partei „Die PARTEI“ gewählter Fraktionskollege Nico Semsrott gestimmt. Verwirrung gab es um die Stimmabgabe seines fraktionslosen Parteifreundes Martin Sonneborn: Entgegen anderslautenden Berichten hat Sonneborn gegen die Resolution gestimmt !

Quellen:

1. https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2019-0099_DE.html

2. https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2019-0099_DE.html

Publikationen von Ramsey Clark

„Wüstensturm, US-Kriegsverbrechen am Golf“, aus dem Amerikanischen von Klaus Stickler und Sebastian Vogel, Göttingen 1995

Originalfassung: R.C.: „The Fire this Time“, Thunder´s Mouth Presse, 1994

„The Children are Dying. The Impact of the Sanctions on Iraq“ [„Die Kinder sterben. Die Auswirkungen der Sanktionen auf den Irak“], World View Forum 1996

Das letzte Buch des IAC zu dieser Thematik: (Nato in the Balkans: Voices of Opposition „NATO am Balkan, Stimmen des Widerstands“, erschienen 1998)

Die DDR wäre jetzt 70 Jahre alt

Zum Erinnern und Nachahmen

1. Die DDR war der 1. deutsche Friedensstaat der Welt.
2. **Die DDR hielt sich an internationale Gesetze und das Völkerrecht und führte keine Angriffskriege gegen andere Staaten.**
3. Die DDR war ein sozialistischer Staat in der Anfangsetappe.
4. Die DDR war ein weltweit anerkannter Industriestaat, der an 10. Stelle der Welt stand.
5. Die DDR besaß eine ausgezeichnete Landwirtschaft, die in den letzten Jahren in der Lage war, ihre Bevölkerung selbstständig mit Produkten aus der eigenen Landwirtschaft, Fleisch, Wurst, Obst, Gemüse, Eier usw. zu versorgen, ja sie brauchte nicht einmal Weizen einzuführen !
6. Die DDR war ein Staat des Volkes.
7. Der Mensch stand im Mittelpunkt, nicht das Geld.
8. **In der DDR war die Gleichberechtigung von Mann und Frau—auch lohnmäßig—gesetzlich verankert.**
9. Der Staat gab alle vom Volk erwirtschafteten Gewinne neben notwendiger Ausgaben für die Entwicklung der Wirtschaft und infrastruktureller Maßnahmen für:
 - medizinische Betreuung, sowie Übernahme aller Kosten in Bezug auf Zahnbehandlung, Augenkorrektur, Grippe-und anderer Erkrankungen **bis zur Genesung des Betroffenen**, notwendiger anschließender, auch jährlicher, Kuren;
 - kostenfreie Bildung für alle, einschließlich nicht rückzahlbarer Stipendien an Universitäten und Fachschulen;
 - niedrige Mieten;
 - niedrige Fahrpreise im Nah-und Fernverkehr> 1 Monatsticket im Nahverkehr kostete 6,50 Mark und
 - kostenlose Ferienaufenthalte für alle Kinder aus.
10. In der DDR gab es ein Mehrparteiensystem, geführt von der SED.
11. Die DDR hatte ein gut funktionierendes Rechtssystem, das für jedermann kostenfrei war. Kleine Streitigkeiten wurden durch geschulte Schöffen im Betrieb und Wohngebiet selbstständig und ohne Bürokratie gelöst. **Beschwerden der Bevölkerung mussten innerhalb von 4 Wochen schriftlich beantwortet werden !**

AN ALL DAS ERINNERN SICH DIE DDR-BÜRGER BIS HEUTE UND
WERDEN ES AN DIE NÄCHSTE GENERATION ZUM NACHAHMEN
WEITERGEBEN !!

www.muetter-gegen-den-krieg-berlin.de

Türkischer Angriff auf Nordsyrien

Die „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ verurteilen aufs Schärfste den Angriff der Türkei auf Syrien

Der Angriff der Türkei auf Syrien zur Errichtung einer „Sicherheitszone“ widerspricht dem Völkerrecht, da auch der Norden Syriens, von jeher hauptsächlich von Kurden bewohnt, Teil des souveränen Staates Syriens ist.

Seit dem kürzlichen Truppeneinmarsch der Türkei in Syrien gab es viele Tote und ca. 150 000 Menschen sind auf der Flucht.

Die Kurden hatten vor vielen Jahren vom syrischen Präsidenten eine Autonomie erhalten, die ihnen viele Vorrechte zusicherte, unter anderem auch einen Großteil der Öleinnahmen auf ihrem Gebiet für ihre eigene Entwicklung einzusetzen.

Sie aber wollten einen eigenen demokratischen Staat, sogar mit sozialistischer Zielrichtung und glaubten, dies durch ein Bündnis mit den USA erreichen zu können.

Deshalb erlaubten sie den USA, auf ihrem Gebiet Truppenstützpunkte zu errichten, anstatt ihrem eigenen Präsidenten Assad und Russland zu vertrauen, **GANZ SYRIEN ALS SOUVERÄNEN STAAT VOR DER ISIS ZU VERTEIDIGEN UND ZU SCHÜTZEN !!**

Dass die USA keineswegs an einem freiheitlichen demokratischen Kurdistan interessiert waren und sind, zeigt der schnelle Truppenabzug der Amerikaner aus dem Norden Syriens mit dem Truppeneinmarsch der türkischen Truppen in Nordsyrien.

Da die **KURDISCHE FÜHRUNG IN ROJAVA UND ANDEREN TEILEN NORDSYRIENS** nie hinter dem syrischen Präsidenten Assad stand, wäre es nachvollziehbar gewesen, die Kurden ihrem Schicksal zu überlassen!!

Siehe: www.civaka-azad.org/der-mittlere-osten-nach-dem-islamischen-staat/

Stattdessen reichte der syrische Präsident Assad den in Not geratenen Kurden in Nordsyrien die Hand und schloss mit ihnen einen Vertrag, **DIE TÜRKISCHE INVASION GEMEINSAM ZU STOPPEN**. Ziel des Vertrages ist, die Grenzsicherung Syriens im Norden des Landes in Zukunft in die Hände der syrischen Armee zu legen--ein Vorschlag, der schon vor langer Zeit von Russland vorgebracht worden war, von der YPG-Führung aber abgelehnt worden war.

Als die syrische Armee im Norden Syriens einmarschierte, wurde sie von den Einwohnern freudig begrüßt. Wir jedenfalls wünschen dem syrischen Volk, einschließlich der im Norden Syriens wohnenden syrischen Bevölkerung, einen dauerhaften Frieden ohne äußere Einmischung.

Die Russen sind dazu bereit, wenn Syrien in Zukunft keine Einmischung von außen droht, wie das Anfang 2015 der Fall war, als Bomber der USA, Großbritanniens und Frankreichs Aleppo und andere syrische Städte bombardierten und Syrien –ohne Abwehrraketen—den Angreifern wehrlos ausgeliefert war und schließlich Russland auf der Grundlage des Artikels 51 der UNO-Charta, sowie des gegenseitigen Freundschafts- und militärischem Beistandsvertrages zu Hilfe kam.

Brigitte Queck, i.A. „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“, Oktober 2019